



Foto: Henner Sauerland

Der Zug in Sachen Restauration der gymnasialen Oberstufe rollt. Nicht nur in Niedersachsen, auch in anderen Bundesländern ist diese Tendenz zu beobachten.

Grundsätze der GEW zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe

Chancengleichheit herstellen, Bildungsbeteiligung erhöhen

Der Entwurf des niedersächsischen Kultusministeriums zur Veränderung der gymnasialen Oberstufe und des Abiturs reiht sich ein in die allgemeine Tendenz zur Restauration der Oberstufe, die auch in anderen Bundesländern zu beobachten ist. Kennzeichen dieser

Tendenz sind insbesondere: Rückkehr zum Fächerkannon der sechziger Jahre, Einebnung der Differenz von Grund- und Leistungskursen, starke Reduktion der Wahlmöglichkeiten, Erhöhung der Auflagen, Schulzeitverkürzung.

Die GEW kritisiert diese Tendenz und fordert, die gymnasiale Oberstufe auf der Basis der Reform von 1972 weiterzuentwickeln, um sie an sich verändernde gesellschaftliche Bedingungen anzupassen und um mehr Chancengleichheit zu gewährleisten.

Die Bundesfachgruppe Gymnasium und die Landesfachgruppe in Niedersachsen haben in Positionspapieren unter der Leitlinie „Chancengleichheit herstellen, Bildungsbeteiligung erhöhen“ Grundsätze der GEW zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe formuliert.

Sie werden in dieser und der nächsten Ausgabe der EuW vorgestellt.

Fächerübergreifender Unterricht

Die KMK hat seit 1995 fächerübergreifenden und fächerverbindenden Unterricht ausdrücklich als Ziel und Aufgabe der gymnasialen Oberstufe in ihre Vereinbarung aufgenommen. Die novellierten Richtlinien und Lehrpläne der Länder machen in allgemeiner Form entsprechende Vorgaben, auch in Niedersachsen. Die Umsetzung hingegen ist zögerlich und die Unterstützung für die Schulen dabei sehr gering.

Fächerübergreifender Unterricht erlaubt es, verschiedene fachwissenschaftliche Perspektiven kennen zu lernen, zu thematisieren

und zu reflektieren. Er eröffnet auch die Möglichkeit, eine Brücke zur Berufs- und Arbeitswelt zu schlagen.

In der gymnasialen Oberstufe müssen die strukturellen Voraussetzungen für fächerübergreifendes Lernen geschaffen werden, so dass jeder junge Mensch in der Oberstufe mehrfach die Gelegenheiten bekommt, an interdisziplinären Fragestellungen zu arbeiten. Die fächerübergreifenden Themen könnten sich an den folgenden epochal-typischen Schlüsselproblemen klafkis als Kristallisationsfelder eines lebensweltlich bedeutsamen Unterrichts orientieren:

- an der Friedensfrage,
- an der Umweltfrage,
- an der Verantwortung und Kontrollierbarkeit der wissenschaftlich-technologischen Entwicklung,
- an dem Problem der sozialen Ungleichheit,
- an Arbeit und Arbeitslosigkeit,
- an dem Verhältnis der Geschlechter und Generationen.

Die Organisation des fächerübergreifenden Unterrichts regeln die Schulen eigenverantwortlich. Folgende Modelle sind denkbar:

- Die Profileroberstufe, in der die Schülerinnen und Schüler bis zu vier Kurse in einem Bündel wählen, die in einem Schulhalbjahr Unterrichtsinhalte unter einem Thema bearbei-

ten. Unter dem Begriff „Profileroberstufe“ wird hier das von der Max-Brauer-Schule in Hamburg entwickelte Konzept verstanden, das überwiegend in Nordrhein-Westfalen von nicht wenigen Schulen, insbesondere Gesamtschulen, freiwillig übernommen und an die lokalen Bedingungen adaptiert wurde.

- Unterricht in fächerergänzender Form: Es wird eine entsprechende Anzahl von Kursen angeboten, die sich nicht an der Fachsystematik orientieren, sondern ohne Rücksicht auf diese an Themen, Aufgaben und Problemen, die von mehreren Seiten aus anzugehen sind.
- Unterricht, in dem der Fachunterricht zeitweilig ausgesetzt wird für eine oder mehrere Projektwochen.

Diese und andere mögliche Formen müssten untereinander in ihrer Leistungsfähigkeit überprüft und weiterentwickelt werden.

Spezifische Lehr- und Lernformen für die Oberstufe

Die gymnasiale Oberstufe muss sich in ihrer Gelenkfunktion zwischen Schule und Hochschule bzw. Beruf in ihren Lehr- und Lernformen von der Sekundarstufe I unterscheiden. Oberstufen spezifisches Lernen – individuell und in Gruppen – hat selbstständiges Lernen zum Ziel. Nach wie vor wird der

Aktuelle Analysen des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) zeigen, dass aufgrund des demografischen Wandels in 20 bis 25 Jahren die in den Arbeitsmarkt eintretenden Alterskohorten nur noch halb so groß sein werden wie die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden.

Um dann den Ersatzbedarf an Akademikern decken zu können, muss deren Anteil von derzeit knapp 20% eines Altersjahrgangs nahezu verdoppelt werden, da ansonsten eine immer größere werdende Lücke entsteht. Da zugleich die Absolventenquote bei den abgeschlossenen Berufsausbildungen weitgehend konstant bleiben sollte, müsste die Zahl der Personen ohne Hauptschulabschluss bzw. Berufsausbildung minimiert werden. Kernziel ist somit, das Qualifikationsniveau nachwachsender Generationen durchgängig zu erhöhen.

Daher schlägt das FiBS den folgenden 12-Punkte-Plan vor:

1. Um in 20 Jahren den Ersatzbedarf an Akademikern decken zu können, sollte die Hochschulabsolventenquote auf 35 bis 40% eines Altersjahrgangs angehoben werden. Bei Erfolgsquoten im Bachelorstudium von 75% und Übergangsquoten von durchschnittlich 50% in das Masterstudium, wäre eine Studienanfängerquote von 50% eines Jahrgangs erforderlich. Derzeit liegt die Quote bei gut 35% bezogen auf deutsche Studierende. Werden diese Quoten nicht erreicht, kommt es durch die Umstellung auf Bachelor und Master zu einer Dequalifizierung im Bereich der Hoch- und Höchstqualifizierten.

Anforderungen an das Bildungssystem dem demografischen Wandel anpassen

Hoher Ersatzbedarf an Akademikern



Foto: Manfred Vollmer

In zwei Jahrzehnten haben wir zu wenig Akademiker. Forschungsinstitute fordern deshalb, die Quote der Hochschulabsolventen zu verdoppeln.

Unterricht auch in der Gymnasialen Oberstufe von frontaler Instruktion dominiert.

Entwicklungsanreize gehen zurzeit von den Möglichkeiten der neuen Medien und den damit verbundenen Modellversuchen aus. Weitere Formen, die im Hinblick auf selbstständiges Lernen weiterzuentwickeln wären, sind der Seminarkurs, die Durchführung von Projekten und Praktika.

Neue Formen von Leistungsnachweisen

Gymnasiale Oberstufen haben die Verpflichtung, jungen Erwachsenen eine Orientierung im Hinblick auf die Arbeitswelt, Berufswahl- und Studienmöglichkeiten zu geben. Berufsorientierung, gekoppelt mit obligatorischen Praktika in enger Verzahnung mit der Berufsberatung sollten zum festen Bestandteil der gymnasialen Oberstufe gehören. Dazu ist es notwendig, Konzepte der Lehrerfortbildung zu entwickeln.

Die derzeitige Monotonie der anerkannten Prüfungsformen während der gesamten Oberstufe und im Abitur, dominiert von Klausuren, steht in starkem Missverhältnis zur Vielfalt von Lern- und Leistungsformen, die zu kultivieren sind, wenn selbständiges Lernen (mit oder ohne neue Medien, in Gruppen oder individuell), Projektformen, Praktika, fächerübergreifender Unterricht ausgebaut werden

sollen. Im fächerübergreifenden Unterricht z.B. werden Leistungen im Prozess erbracht. Die Präsentation am Ende in Form eines Produktes (z.B. schriftliche Arbeit, Referat, PC-gestützte Präsentation, Aufführung) kann nicht alle Fähigkeiten zur Geltung bringen, die im Arbeitsprozess entwickelt und geübt werden mussten. Deshalb muss der Arbeitsprozess in die Einschätzung der Leistung einbezogen werden, unter Umständen in Form einer Prozessnote. Als Dokument einer fortlaufenden Selbstbeobachtung und -reflexion könnte das Portfolio eingeführt werden, ein Ordner, in dem der bzw. die Lernende alle Aufgaben, Fragen, Materialien, kleinere und größere Arbeiten und Reflexionen sammelt. Selbstbewertung und/oder differenzierte Rückmeldung fördern selbstständiges Lernen und die Ausbildung von Schlüsselqualifikationen weit mehr als schlichte Noten.

Konzepte für kleine Oberstufen entwickeln

Für kleine Oberstufen, wie sie insbesondere im ländlichen Raum und an Gesamtschulen anzutreffen sind, müssen Konzepte entwickelt werden, die Schülerinnen und Schüler nicht dadurch benachteiligen, dass Schulen nur noch ein sehr eingeschränktes und eher zufälliges Angebot von Fächern zur Wahl stellen können.

Die Schließung von Standorten bzw. die Gründung von Oberstufenzentren ist in Flächenstaaten und im ländlichen Raum nur bedingt sinnvoll, da sie für viele Schülerinnen und Schüler den Schulweg in unzumutbarer Weise verlängern.

Da, wo es nicht möglich ist, mit nahe gelegenen Oberstufen zu kooperieren und eine Einschränkung der Wahlfreiheit unumgänglich ist, müssen Schülerinnen und Schüler dennoch eine sinnvolle Auswahl haben. Die Max-Bräuer-Schule in Hamburg und eine Reihe von Gesamtschulen, z.B. in Nordrhein-Westfalen, haben Profiloberstufen erprobt, die unter Einschränkung der Wahlfreiheit Schwerpunkte anbieten.

Die Bildungskommission NRW schlägt vor, die Wahlmöglichkeiten nicht einzuschränken: „Die individuelle Profilbildung soll nicht an die Größe und das Zustandekommen von Lerngruppen gebunden sein, sondern durch verbindliche Vereinbarungen und Betreuungsab-sprachen zwischen Schulen und Lernenden abgesichert werden können. Damit würden auch die Differenzierungsmöglichkeiten an kleinen Oberstufen erheblich erweitert. Die Einbeziehung neuer Fächer und Inhaltsbereiche wird möglich, weil sie nicht an Gruppen-größen gebunden sind.“ (Zukunft der Bildung, Schule der Zukunft. Neuwied, 1995, S. 242)

Zusammenstellung: Henner Sauerland

2. Um den Anteil an Personen mit abgeschlossener Berufsausbildung bei 60 bis 70% halten zu können, müsste der derzeitige Anteil an Schulabbrechern bzw. Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung – derzeit etwa 20% – minimiert werden.

3. Eine durchgängige Höherqualifizierung kann nur erreicht werden, wenn Kindern aus bildungsfernen Schichten der Zugang zu weiterführenden schulischen und hochschulischen Bildungsangeboten erleichtert wird. Von der bisherigen Bildungsexpansion haben vor allem Frauen, kaum aber Kinder aus bildungsfernen Familien profitiert. Bildungsverläufe sind nach wie vor über Generationen hinweg weitgehend identisch. Da aber zugleich der Anteil von Kindern wächst, die in bildungsfernen und niedrigeren sozio-ökonomischen Schichten geboren werden, und gerade gut gebildete und hochqualifizierte Frauen auf Nachwuchs verzichten, muss diese Kontinuität durchbrochen werden. Hierzu ist auch eine verbesserte finanzielle Förderung für den Besuch weiterführender Schulen notwendig, etwa in Form des Schüler-BAföGs.

4. Da zudem ein starker Zusammenhang zwischen Bildungsabbruch und sozialer Herkunft bzw. Migrationshintergrund besteht, sollten Kinder aus diesen Gruppen stärker gefördert werden. Dies wird aber nur gelingen, wenn damit bereits im Kindergarten begonnen wird. Die verfolgten Ansätze für Sprachförderung etc. gehen zwar in die richtige Richtung, reichen aber noch nicht aus. Darüber hinaus sollten Maßnahmen und Programme entwickelt werden, die die Eltern zur Förderung und Unterstützung ihrer Kinder animieren und motivieren.

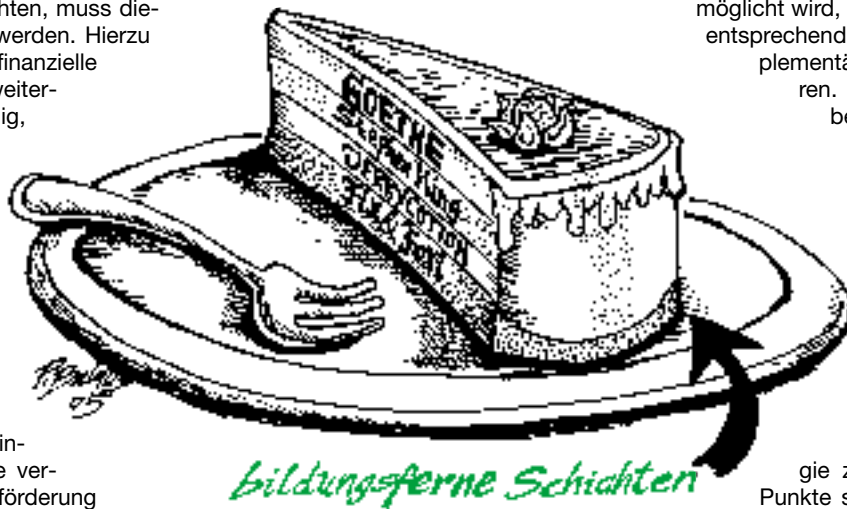
5. Eine bessere Förderung kann auch durch flexiblere Klassengrößen erreicht werden; dies gilt insbesondere für Kinder mit Lernschwächen oder anderen Problemen und Benachteiligungen. Während eine generelle Verringerung der Klassengröße bzw. Schüler-Lehrer-Relation keine zwingend erforderliche, sondern eher kostenintensive Strategie ist, weisen internationale Untersuchungen darauf hin, dass kleine Klassen oder Gruppen vor allem in frühen Bildungsphasen und bei benachteiligten Schülern vorteilhaft sind. Derzeit sinkt die Klassengröße bzw. Schüler-Lehrer-Relation aber eher mit der Verweildauer bzw. dem Bildungsniveau der Schule; Grundschulklassen sind oft deutlich größer als Oberstufenkurse.

6. Schüler können auch durch einen Unterricht gefördert werden, der sich stärker an ihrer Realität und Lebenswelt orientiert; rein abstrakte und akademisch ausgerichtete Lernprozesse, wie sie heutzutage überwiegend zu finden sind, werden vielen Schülern nicht gerecht. Beispiele für gute Modelle sind

- „Produktives Lernen“
- „Stadt als Schule“
- „Betrieb und Schule“
- „Handwerk-Lernen“

Modelle, die potenziellen Schulabbrechern nicht nur zum Hauptschulabschluss, sondern oft auch zur Berufsausbildung verhelfen.

7. Insgesamt muss die Verweildauer im Bildungssystem erheblich verkürzt werden, ohne die Qualität zu verringern. Dies bezieht sich nicht nur auf die langen Studienzeiten, sondern es haben auch 15% der Auszubildenden vorher ein Berufsgrundbildungs- oder -vorbereitungsjahr durchlaufen oder eine Berufsfachschule besucht; knapp 25% der Studienanfänger haben vorher eine Berufsausbildung im dualen System absolviert. Vor allem die Verringerung von Umwegen, Nachqualifizierungen und Mehrfachausbildungen führt somit zu kürzeren Bildungszeiten. Unter Einbeziehung der Studienfachwechsler dürften jedes Jahr fast doppelt so viele Jugendliche eine Ausbildung beginnen, wie einem Alters-



jahrgang entsprechen würde. Dies kann die Kapazitäten des Bildungs- und Ausbildungssystems nur sprengen.

8. Darüber hinaus lässt sich die Effizienz erheblich steigern, indem die Zahl der Bildungsabbrecher verringert wird. So schließen derzeit 35 bis 40% der deutschen und fast 50% einschließlich der ausländischen Studienanfänger ihr Studium nicht erfolgreich ab. Geht man von Vollzeit-Äquivalenten aus, dann dürfte die Zahl der tatsächlich Studierenden bei allenfalls etwa 1 Mio. liegen; somit würde umgerechnet nicht einmal jede/r zweite Immatrikulierte studieren. Weiterhin brechen 25% ihre Berufsausbildung ab und 10% erreichen keinen Hauptschulabschluss. Unter Einbeziehung der beruflichen Schulen dürfte somit durchschnittlich jeder Jugendliche einmal eine Ausbildung oder Schule abbrechen.

9. Gleichzeitig sollten die hochbegabten und leistungsstarken Schüler und Studierenden nicht vergessen werden. Dies setzt aber ein gutes Fundament voraus, das derzeit allenfalls eingeschränkt vorhanden ist, was auch gerade für den Hochschulbereich gilt.

10. Kita, Schule und Hort sind nicht nur wichtige Einrichtungen zur frühen Förderung von Kindern, sondern auch für die Erwerbsbeteiligung von Müttern von zentraler Bedeutung. Sie brauchen eine verlässliche und zugleich flexible Halb- und Ganztagsbetreuung für ihre Kinder. In den alten Bundesländern

werden Mütter auch dadurch zum Rückzug oder zur Einschränkung der Erwerbsbeteiligung genötigt, dass das Angebot vor allem im Bereich der 0- bis 3-Jährigen und während der Grundschule unzureichend ist. Eine bessere Kinderbetreuung könnte auch dazu beitragen, dass Akademikerinnen wieder häufiger und mehr Kinder bekommen, da sie Familie und Beruf besser miteinander verbinden können.

11. Da Arbeitskräfte aufgrund des demografischen Wandels in Zukunft länger erwerbstätig sein müssen, ist eine stärkere Partizipation an Weiterbildung erforderlich, um Qualifikationen zu erhalten oder anzupassen. Während heute eine starke Korrelation zwischen Weiterbildungsbeteiligung und Vorbildung besteht, werden zukünftig verstärkt auch Arbeitskräfte mit geringerer Vorqualifikation und Berufstatus daran teilhaben müssen. Soweit dies nicht durch die Unternehmen ermöglicht wird, sollte die öffentliche Förderung entsprechend ausgerichtet werden und komplementär zu den Unternehmen agieren. Dies sollte nicht erst bei Arbeitslosigkeit, sondern bereits während der Erwerbstätigkeit einsetzen. Ein Ansatz wäre ein lebenslanges Bildungskonto, wie es das FiBS vor kurzem vorgeschlagen hat. Auch sollte sich Weiterbildung und Kompetenzentwicklung stärker auf praxis- und unternehmensorientierte Prozesse ausrichten.

12. Eine umfassende Strategie zur Erreichung der genannten Punkte sollte in einen Bildungsbereich übergreifenden Masterplan mit konkreten Konzepten, genauen Zahlen und finanziellen Kosten und Einsparungen überführt werden. Diese Masterpläne sollten dabei auf Länder- oder kommunaler Ebene ebenso ansetzen wie auf Bundesebene. Das FiBS arbeitet zurzeit an einem solchen Masterplan und an konkreten Lösungsansätzen zur Erreichung der genannten Ziele. „Der 12-Punkte-Plan muss kurzfristig angegangen und umgesetzt werden. Ein Abwarten, bis die Jahrgänge kleiner werden, können wir uns nicht leisten. Dann ist es zu spät und eine dritte Bildungskatastrophe kaum noch abzuwenden“, so Dr. Dieter Dohmen, Leiter der FiBS. „Man muss sich bewusst machen, dass die Abiturienten des Jahres 2020 und die Hochschulabsolventen 2025 in diesem und im nächsten Jahr ihr Bildungsleben im Kindergarten beginnen. Ein frühzeitiges und konsequentes Umsteuern würde sich auch schneller rentieren. Derzeit werden Milliarden für Reparatur- und Parkmaßnahmen ausgegeben, die zukünftig eingespart werden könnten. Diese freiwerdenden Mittel können zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen eingesetzt werden. Qualitätssteigerung und Höherqualifizierung muss nicht unbedingt mehr Geld kosten als heute, das Geld muss nur besser eingesetzt werden. Das Bildungssystem wird einer der zentralen Wettbewerbsfaktoren für die nationale, regionale und lokale Entwicklung. Nur, wo es hochqualifizierte Arbeitskräfte gibt, werden sich Unternehmen ansiedeln und Arbeitsplätze entstehen.“